

Antrag 78/I/2023**Jusos LDK****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Votum folgt auf der AK 22.05.2023****Queer Refugees Welcome! - Für eine Reform der Geflüchtetenpolitik**

- 1 Wir fordern eine grundlegende Reform der Geflüchte-
- 2 tenpolitik besonders mit Blick auf LSBTQIA*-Geflüchtete.
- 3 Hierzu sollen die SPD-Abgeordneten von Bund und Land
- 4 sich für eine Reform der notwendigen Gesetze einsetzen,
- 5 die folgende Maßnahmen gesetzlich reformiert werden:
- 6 1. 3 (1) 1. des Asylgesetzes soll um die "sexuelle Identität" und "Geschlechtsidentität" als Gründe der
- 7 Flucht vor Verfolgung ergänzt werden. Mit der Auf-
- 8 nahme der sexuellen Identität und Geschlechts-
- 9 identität ins Asylgesetz wird die nationale Gesetz-
- 10 gebung an die Richtlinie 2011/95/EU angepasst, die
- 11 diese Verfolgungsgründe bereits anerkennt.
- 12
- 13 2. Für alle Mitarbeitenden von Ämtern, Behörden
- 14 und Aufnahmeeinrichtungen sollen Sensibilisie-
- 15 rungsprogramme zum Umgang mit LSBTQIA*-
- 16 Geflüchteten verpflichtend angeboten werden.
- 17 Diese Sensibilisierungsprogramme sollen in Zusam-
- 18 menarbeit mit entsprechenden zivilgesellschaftli-
- 19 chen Organisationen eingerichtet werden.
- 20 3. Bundesweit soll ein behördenunabhängiges Asyl-
- 21 beratungssystem eingerichtet werden. Die Beratun-
- 22 gen sollen hierbei u.a. als Einzelgespräche zur Ver-
- 23 fügung stehen. Darüber hinaus müssen die Be-
- 24 ratungsangebote niedrigschwellig und flächende-
- 25 ckend angeboten werden und vor behördlichen An-
- 26 hörungen wahrnehmbar sein. Die Einrichtung ein-
- 27 es behördenunabhängigen Asylberatungssystems
- 28 kommt der in Richtlinie 2013/33/EU festgeschriebe-
- 29 nen Verpflichtung nach, Geflüchtete im Asylprozess
- 30 über ihre Rechte und mögliche Rechtsberatungs-
- 31 stellen zu informieren. Dabei gewährleistet das An-
- 32 gebot von Einzelgesprächen, dass queere Menschen
- 33 nicht vor Dritten ein Zwangsouting erleben müs-
- 34 sen. Frühzeitige Beratungsangebote gewährleisten
- 35 zudem, dass die Asylsuchenden rechtzeitig über die
- 36 eigenen Rechte aufgeklärt werden.
- 37 4. Sogenannte Ankerzentren sollen abgeschafft und
- 38 durch dezentrale Unterbringungen ersetzt werden.
- 39 5. In allen Aufnahmeeinrichtungen muss Zugang zu
- 40 rechtlicher, gesundheitlicher und psychologischer
- 41 Betreuung für LSBTQIA*- Geflüchtete gewährleistet
- 42 werden. Zudem müssen weitere Aufnahmeeinrich-
- 43 tungen speziell für LSBTQIA*-Geflüchtete geschaf-
- 44 fen werden.
- 45 6. Alle Kommunen werden insbesondere verpflichtet,
- 46 geschützten Wohnraum für LSBTQIA*-Geflüchtete
- 47 bereitzustellen bzw. beim Neubau von Wohnkom-

- 48 plexen darauf zu achten, dass solche Wohnungen
49 gestellt werden können. Ausreichende Mittel wer-
50 den zentral zweckgebunden zur Verfügung gestellt.
51 Hierbei soll in jedem Fall jeweils Gruppen- und Ein-
52 zelunterbringung grundsätzlich gewährleistet sein.
53 Diese Wohnungen werden entweder von Fachträ-
54 ger*innen der queeren Wohnhilfe oder der Queer-
55 arbeit verwaltet oder von explizit hierfür zu schu-
56 lendem Fachpersonal kommunaler Trägerschaften.
57 Der Gesetzgeber legt Fristen zur Einrichtung und ih-
58 rer Kontrolle fest, sodass die Nichterfüllung dieser
59 Aufgabe durch die Kommunen verhindert werden
60 kann. Eine Einrichtung zu Lasten expliziten Woh-
61 nens bspw. für junge Geflüchtete oder geflüchtete
62 FINTA (Frauen, inter, non-binary, trans, agender) fin-
63 det nicht statt.
- 64 7. Etwaige Überprüfung muss diskriminierungs- und
65 übergreifsfrei verlaufen.
- 66 8. Wir lehnen Abschiebungen weiter für alle Men-
67 schen ab. Sie sind ein inhumanes Mittel der Geflüch-
68 tetenpolitik, wodurch Menschen häufig in lebens-
69 bedrohliche Situationen gebracht werden.